

Haushalt und Finanzen 2024



Haushaltsrede des Vorsitzenden der FAMILIE-Kreistagsfraktion, Niels Geuking, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2024 am 05.12.2023

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat, Herr Kreisdirektor, die Verwaltung des Kreises,
liebe Mitglieder des Kreistages von Coesfeld!

Nach den Coronajahren und bald 2 Jahre nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine und der daraus folgenden Energiekrise werden wir heute dennoch den größten Haushalt der Kreisgeschichte verabschieden.

Erstmalig werden über 500 Millionen Euro für Einnahmen wie Ausgaben angesetzt und dass entspricht damit fast eine Verdoppelung gegenüber 2014 (ca. 275 Millionen), sprich vor 10 Jahren. Das zeigt eindrucksvoll wie vielfältig unsere Aufgaben inzwischen auf unterster Ebene sind, aber auch, wie sehr wir vor Ort gefordert werden.

Im vergangenen Jahr haben wir alle gehofft, dass der „Doppelwums“ auch spürbar bei den Menschen ankommt. Die Realität ist nun, dass es erstmalig in der Bundesrepublik einen verfassungswidrigen Haushalt in Berlin gibt, mit „spürbaren“ Folgen für die Finanzierungen vieler Gliederungen. Da die Umwidmung von Coronageldern in den Transformationsfonds durch ein wegweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts als verfassungswidrig eingestuft wurde und deswegen der Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds ebenso als verfassungswidrig angesehen werden muss, wurde aus dem Konstrukt „Doppelwums“ Doppelpeinlich. Die Auswirkungen auf einzelne Länderhaushalte sind noch nicht abschließend geklärt. Wollen wir mal daran glauben, dass wir keine nachträgliche Rechnung aus Düsseldorf befürchten müssen.

Uns als Politiker vor Ort zeigt dieses Vorgehen, dass wenn man ernsthaft zur Schuldengrenze stehen möchte die Zeit der Wahlgeschenke vorbei ist. Zumindest so lange der nächste Buchungstrick noch nicht salonfähig gemacht wurde. So werden auch dieses Jahr viele Kommunen nur aufgrund von „Isolierungstricks“ nicht in die Haushaltssicherung abrutschen.

Es bleibt dennoch festzuhalten: Das verfassungsrechtlich gesicherte Recht auf die Selbstverwaltung der Kommunen ist bedrohter denn je!

Daher sind wir als Kreis gut beraten durch Sparsamkeit und Einsicht nicht auf jedem Wunschkonzert die erste Geige spielen zu wollen. Initiativen und irritierende Beiträge, wie auch hier im Kreistag, bspw. zum Erhalt des 49 € Tickets, müssen der Vergangenheit angehören. Wir müssen uns schlicht ehrlich machen.

Zitat aus unserer letztjährigen Haushaltsrede:

„So begrüßenswert, dass 49 Euro Ticket ist, so dramatisch könnten die Auswirkungen für die kommunale Familie sein. Die Finanzierung ist immer noch nicht gesichert. Vermutlich läuft es wieder darauf hinaus, dass eine angemessene Kompensation von Bund und Land ausbleibt und wieder mal die Kommunen in unserem Land gefordert sind.“

Zitatende.

Eine etwaige Finanzierung durch den Kreis Coesfeld belastet unnötig alle Menschen im Kreis und privilegiert nur wenige. Nur 5% aller Inhaber kann man als „potenzielle Umsteiger“ im Bundesgebiet ansehen. In ländlichen Regionen logischerweise deutlich weniger. Eine nettes „Mitnahmegeschenk für Einzelne“, aber weder im Sinne einer Mobilitätswende noch eine geeignete Klimaschutzmaßnahme. Zudem ist die Realität, dass im ländlichen Raum keine ideologische Großstadtpolitik betrieben werden kann. Das Andenken einer Finanzierung des 49 € Tickets auf Kreisebene ist absurd und die Bürgermeister vor Ort würden zurecht auf die Barrikaden gehen.

Das vorhandene Steuergeld muss so effizient wie möglich eingesetzt werden. So halten auch wir es für richtig den Kommunen möglichst niedrige Umlagen zu berechnen, auch unter der größtmöglichen Verwendung der Ausgleichsrücklage.

Gerade in wirtschaftlich schwierigere Zeiten sind Rückgriffe auf Rücklagen geboten, während man sie in besseren Zeiten füllt. Ein logischer Zusammenhang den nur die Kollegen der Grünen immer noch nicht ganz begriffen haben. Im letzten Jahr forderten sie rigoros eine drastische Abschmelzung der Ausgleichsrücklage und wollten ein Vielfaches Stärker in die Schatztruhe des Kreises greifen.

Jetzt hörte man aus ihren Reihen, die Rücklagen zu erhöhen! Einfach ein absurdes Schauspiel einer Fraktion, die sich bei gefühlt allen Themen irgendwie immer dagegen aussprechen möchte, um oppositionell zu wirken. Einfach nur das Gegenteil zu fordern, um der Presse „Futter“ zu bieten, ist vor allem in schwierigen Zeiten einfach falsch. Gerne hart in der Sache argumentativ miteinander ringen, aber am Ende braucht es eine Lösung. Denn das erwarten die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreis und keine Selbstdarstellung. Ich bin mal gespannt, ob wir im kommenden Jahr dann wieder von dem „geschichtshistorischen Dokument“ ihrer vergangenen Haushaltsrede hören werden...

Die Kreisumlage wird leider deutlich über unseren Hoffnungen liegen. Trotz des großen Griffes in unsere Schatztruhe. Gesteigerte Löhne, der LWL und die solidarischen Kosten für u.a. die Unterbringung geflüchteter Menschen sind die signifikantesten Kostensteigerungen, die es zu schultern gilt. An allem können wir nichts machen. Anständige Löhne müssen bezahlt werden, der LWL legt einfach um und geflüchtete Menschen bekommen wir zugewiesen.

Der Zustrom geflüchteter Menschen stellt jeden Kreis und jede Kommune vor immer ernsthaftere Probleme. Vor allem im Osten der Republik, wie die Kollegen unseres Partnerkreises Ostprignitz-Ruppin berichteten. Die integrativen Herausforderungen kommen mancherorts einfach an ihre Grenzen. In unserem Kreis schaffen es die Kommunen, wenn auch teilweise mehr

schlecht als recht (Stichwort Container), die Menschen noch adäquat unterzubringen. Mangels Entscheidungskompetenz sind wir auf Berlin und Brüssel angewiesen.

Den Wohnungsmarkt müssen wir dennoch dabei im Blick behalten und stärken. Einen weiteren Verdrängungskampf darf es nicht geben. Wir werden uns mit seriellen Bauen auseinandersetzen müssen und Wohnraum schaffen, den wir zu einem späteren Zeitpunkt auch umwidmen können. Aus dem entsprechenden Bundesministerium sieht man darin eine Chance und man will das Baurecht entsprechend anpassen. Mal schauen, welche Möglichkeiten 2024 gegeben sind, nachdem das Haushaltsfiasko in Berlin beendet sein wird. Hoffentlich.

Bei den eigenen Bestandsgebäuden gibt es gefühlt keinen energetischen Fahrplan. Auch wenn wir uns dem Klimaziel 2035 verpflichtet fühlen, gehört zur Wahrheit dazu, dass sich „dummdämmen“ keine Lösung ist. Im Gegenteil. Klimaneutral ist die größte Mogelpackung der Neuzeit. Nicht nur, dass ein massenweiser Betrug bei Kompensationszertifizierungen aufgedeckt wurde, ist es schlicht nicht möglich „klimaneutral“ zu leben. Wohlstand und Co₂-Ausstoß sind kausal. Und wird auch zukünftig weltweit der schnellste Weg aus der Armut sein. Egal, was wir hier mit Unsummen versuchen zu erreichen. Klimaschutz muss wirtschaftlich sein und global umgesetzt werden.

Gut voran kommen wir endlich in der Digitalisierung. Mehr und schneller ist stets wünschenswert, keine Frage. Dennoch können immer mehr Dienste und Anträge sich online abwickeln und in Gang bringen lassen. Sofern wir die KFZ-Zulassungsstelle außen vorlassen, kommt die Verwaltung gut voran und erleichtert das Leben vieler Menschen. Die mit der Digitalisierung verbundenen Hoffnungen, dass man auch Einsparungen erzielen kann, teilen wir jedoch nicht. Es verschiebt sich lediglich die Kostennote. Weg vom einfachen Schreibtisch, hin zum Software-Raum. Und IT-Sicherheit haben wir noch außen vorgelassen. Für uns steht die Qualitätsverbesserung auf beiden Seiten im Vordergrund. Je schneller die Bearbeitungsmöglichkeit und die endgültige Bescheidung, desto besser! Hier heißt es, bleiben sie dran.

Bei dem Thema Bauprojekte, die regelmäßig von unseren Kollegen aus den einzelnen Rathäusern kritisiert werden, sind wir ganz klar der Meinung, dass wir nichts schieben sollten und dies auch in zweifacher Hinsicht kontraproduktiv wäre. Zuerst wird es tendenziell teurer, je länger wir warten und die Baubranche braucht von der öffentlichen Seite wirtschaftliche Impulse. Private wie Investoren streichen aufgrund der katastrophalen Situation ihre Projekte zusammen. Würden wir ebenfalls alles auf Eis legen entziehen wir der Branche erst recht den Boden unter den wackligen Füßen weg.

Den Boden unter unseren Füßen würde wir als Politiker schnell verlieren, wenn das Ehrenamt ihre Arbeit einstellen würde. Ohne all die tatkräftigen, stillen Helden im Kreis Coesfeld würde das gesellschaftliche Miteinander stark leiden. Ihnen gilt, wie eigentlich jedes Jahr, mit die größte Anerkennung.

Ebenso wie den Menschen in all den zahlreichen sozialen Berufen. Noch schaffen wir es unseren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Auch wenn es in vielen Bereichen nicht perfekt läuft. Während es vielerorts erhebliche Probleme bei der Kinderbetreuung gibt, haben wir eine einigermaßen gut eingefahrene Versorgung und können den Rechtsanspruch wahren. Anders als die Stadt Münster, die jüngst zur Entschädigungszahlung verurteilt wurde. Nichtsdestotrotz dürfen wir hier nicht stehenbleiben und insbesondere Kinderbetreuung muss als Teil der

Daseinsvorsorge ölverstanden werden, sodass unter allen Umständen ein 5-tägiger Regelbetrieb verlässlich aufrechterhalten bleibt.

Im kommenden Jahr ist angedacht, dass die Fraktionen mit der Verwaltung vermutlich in Form eines Schulprojektes gemeinsam einen Film zum Thema Demokratie drehen, um den Bürgern u.a. die Bedeutung demokratischer Grundordnungen näherzubringen. Wir könnten uns gut vorstellen eine etwaige Kampagne auch für soziale Berufe ins Leben zu rufen. Denn am Ende fehlt es eher an willigen, tatkräftigen Menschen und nicht zwingend immer an Geld.

Zum Schluss möchte ich noch bedauern, dass wir den letztjährigen Spitzenplatz im Glücksatlas verloren haben. Dennoch zählt das Münsterland weiterhin mit Abstand zu den Regionen, in denen die Menschen gerne und mit Glück erfüllt leben. Auch aufgrund der hart arbeitenden Menschen und Unternehmen ist unsere Region eine Boom-Region. Ob jedoch die Wasserstofftechnologie ein zusätzlicher Antreiber sein wird, bezweifeln wir aufgrund des zu niedrigen Wirkungsgrades sehr. Rudimentär können wir aufgrund vorhandener Infrastruktur dabeibleiben. Mehr aber auch nicht.

Den vorliegenden Haushalt können wir guten Gewissens zustimmen und auch der nochmals erhöhte Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage ist im Sinne unserer Kommunen, um die erzwungene Erhöhung der Kreisumlage weitestgehend abzufedern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.